

# **Delegierten-Materialien**

## **Abstimmungsheft A-04-04**

für die

**1. Tagung des**

**2. Parteitags**

**der Partei DIE LINKE.Hamburg**

im

**Hamburg-Saal des Berufsförderungswerkes  
in Hamburg-Farmsen**

(August-Krogmann-Str. 52, im Haus U auf dem bfw Gelände)

am

**Samstag, der 10. April,**

**Sonntag, der 11. April und**

**Samstag der 17. April**

Übernommene Änderungsanträge sind im Antragstext *kursiv* gesetzt, gestrichene Passagen ~~als solche~~ gekennzeichnet. Noch zur Debatte stehende Änderungsanträge in den Kästen.

Abkürzungen:

A: AG Antifa

F: AG Frieden

M: BV Mitte

N: Traversin, Walther u. a. (BV Nord)

S: AG Studierendenpolitik

U: AG Umwelt

W: BV Wandsbek

## 1 Landespolitische Schwerpunkte des Landesverbandes Hamburg für 2 die nächsten zwei Jahre

### 3 **Präambel**

4 DIE LINKE setzt sich für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, der ökologischen  
5 Nachhaltigkeit, des Friedens und der Demokratie ein. Wichtige Zielpunkte unserer  
6 gegenwärtigen Politik sind der flächendeckende Mindestlohn, keine Rente mit 67,  
7 Abschaffung der Hartz-Gesetze sowie eine kategorische Ablehnung des Krieges als Mittel der  
8 Politik sowie jeglicher deutschen Beteiligung daran. Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist  
9 sowohl ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise wie auch ein  
10 Zwischenschritt, um einen grundlegenden Richtungswechsel einzuleiten. Für DIE LINKE  
11 gehören kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Lohnabhängigen und  
12 der von Sozialleistungen abhängigen Menschen und Maßnahmen, die einen gesellschaftlichen  
13 Umbau in Richtung einer solidarischen Ökonomie einleiten, untrennbar zusammen.

N4: Neufassung 1. Satz: DIE LINKE kämpft für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Menschen, die ökologische Nachhaltigkeit, den Frieden und die Demokratie.

N6: „keine Rente mit 67“ ersetzen durch „für eine Altersrente mit 60“

S1: „Für die LINKE...zusammen.“ ersetzen durch: „Für DIE LINKE sind kurzfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Lohnabhängigen und der von Sozialleistungen abhängigen Menschen gleichzeitig Maßnahmen des gesellschaftlichen Umbaus in Richtung einer solidarischen Ökonomie.“

14 Die weitergehenden mittel- und langfristigen Schritte dieses Umbaus, unserer sozialistischen  
15 *Perspektive (N15)*, sind Gegenstand der anstehenden politisch-programmatischen Debatte.

16 Die Linie des Hamburger Landesverbands war und ist: Kürzungen zulasten von Beschäftigten  
17 und der Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind und die Fortsetzung der  
18 Privatisierungspolitik treffen auf unseren erbitterten Widerstand. Der öffentliche Kredit muss  
19 vielmehr genutzt werden, die Armut zu bekämpfen, Beschäftigung im öffentlichen Sektor zu

20 schaffen und einen sozial-ökologischen Umbau der Hamburger Wirtschaft einzuleiten, der  
21 den BürgerInnen wieder eine Perspektive *eröffnet* (N22).

22 Weil wir mit dieser Politik bei vielen Menschen Vertrauen gewonnen haben, ist die kurze  
23 Geschichte der LINKEN auch in Hamburg eine Erfolgsgeschichte. Nach der für uns  
24 erfolgreichen Wahl vor zwei Jahren haben wir aus dem Stand auf Landes- und Bezirksebene  
25 Fraktionen aufgebaut, die sich durch ihre konsequente Arbeit Achtung erworben haben.

N24 „Erfolgsgeschichte“ ersetzen durch „wirkungsvolle politische Entwicklung“

N24 „Nach der für uns...Achtung erworben haben“ verschieben ans Ende des Absatzes  
(nach „konsequent fortsetzen“)

N26 „Gleichzeitig haben wir“ ersetzen durch „Wir haben“

26 Gleichzeitig haben wir in außerparlamentarischen Initiativen mitgearbeitet, Streikkämpfe  
27 unterstützt, uns an Aktionen gegen die Abschiebung von Flüchtlingen beteiligt und in der  
28 Volksinitiative Eine Schule für Alle sowie an der „Aktion Brauner Sack“ gegen Nazi-  
29 Infostände (A1) entscheidend mitgewirkt. Wir haben zudem unseren Teil dazu beigetragen,  
30 Demonstrationen zu Klima- und Umweltfragen, gegen die Abwälzung der Krisenlasten *auf*  
31 *die Schultern der Mehrheit der Bevölkerung* (N30), zu Frieden und im Bildungsbereich zum  
32 Erfolg zu verhelfen. Diesen Weg wollen wir unter den Bedingungen der schweren  
33 Wirtschaftskrise konsequent fortsetzen.

## 34 **Hamburg in der Krise**

35 Die schwere Wirtschaftskrise hinterlässt auch in Hamburg immer deutlicher Spuren. Der  
36 schwarz-grüne Senat reagiert darauf mit einer die Wirtschaftskrise verschärfenden  
37 Kürzungspolitik. Gleichzeitig hält er aber an seinen verschwenderischen Leuchtturmprojekten  
38 fest. Eine solche Politik des Sozialabbaus und der Gebührenerhöhung, der Kürzung  
39 öffentlicher Dienstleistungen und der fortgesetzten Privatisierung (z.B. durch Verkauf von  
40 Grundstücken und PPP-Projekte) lehnt DIE LINKE – in welcher politischen Konstellation  
42 auch immer – prinzipiell ab.

S2: „Die schwere Wirtschaftskrise...fest.“ ersetzen durch: „Die schwere Wirtschaftskrise wurde durch die neoliberale Deregulierungspolitik insbesondere von CDU und FDP hervorgebracht und hinterlässt auch in Hamburg immer deutlicher Spuren. Der schwarz-grüne Senat treibt mit einer die Wirtschaftskrise verschärfenden Kürzungspolitik die soziale Spaltung voran. Gleichzeitig hält er an seinen verschwenderischen Leuchtturmprojekten fest.“

S3: Streichung „ - in welcher politischen Konstellation auch immer - “

43 Erforderlich ist das Gegenteil: Wir brauchen eine Politik, die einerseits die drängendsten  
44 sozialen Missstände und Folgen der sozialen Spaltung behebt, andererseits durch energische  
45 Investitionen in öffentliche Güter und Dienstleistungen, in die soziale Infrastruktur, in  
46 Bildung, Kultur, sozialen Wohnungsbau, öffentlichen Verkehr etc. erste Schritte eines  
47 grundlegenden Umbaus der Hamburger Wirtschaft und Gesellschaft einleitet.

N39 Ersetzen durch: „Erforderlich ist das Gegenteil: Wir betreiben eine Politik, durch die die dringendsten gesellschaftlichen Missstände und Folgen der sozialen Spaltung durch massive Investitionen in öffentliche Güter und Dienstleistungen sowie die soziale Infrastruktur, in Bildung, Kultur, sozialen Wohnungsbau, öffentlichen Verkehr, etc. behoben werden.“

S4: „Wir brauchen ...einleitet.“ ersetzen durch: „Wir brauchen eine Politik, die die drängendsten sozialen Missstände und Folgen der sozialen Spaltung bekämpft, indem durch energische Investitionen in öffentliche Güter und Dienstleistungen, in die soziale Infrastruktur, in Bildung, Kultur, sozialen Wohnungsbau, öffentlichen Verkehr etc. erste Schritte eines grundlegenden Umbaus der Hamburger Wirtschaft und Gesellschaft eingeleitet werden.“

55 Angesichts wegbrechender Steuereinnahmen können und müssen die jetzt erforderlichen  
56 Investitionen durch Umschichtungen im öffentlichen Haushalt und durch Neuverschuldung  
57 finanziert werden. Das ist kurzfristig nicht anders möglich, denn eine nachhaltige  
58 Verbesserung der Einnahmesituation der Länderhaushalte ist nur durch drastische Einschnitte  
59 in die Verteilungsverhältnisse, die Unternehmen und Vermögenden wieder deutlich stärker an  
60 der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt, auf Bundesebene möglich. DIE LINKE fordert  
61 deshalb einen radikalen Richtungswechsel in der Steuerpolitik des Bundes, u.a. durch  
62 Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer, der  
63 Einkommensteuer für Besserverdienende und der Börsenumsatzsteuer. Auf Landesebene ist  
64 zu prüfen, ob auch durch eine Erhöhung der kommunalen und Landessteuern ein kleiner  
65 Beitrag zur Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte erbracht werden  
66 kann.

S5: „Angesichts....nicht anders möglich, denn“ streichen

S5: „auf Bundesebene“ streichen

N52-54 Letzten Satz „Auf Landesebene...“ streichen

W1: Kompletten Absatz ersetzen durch: „Hamburg nimmt, wie alle Bundesländer, durch die Steuerentlastung der Vermögenden und der Großunternehmen, die alle Bundesregierungen vorgenommen haben, erheblich weniger Steuern ein, weshalb zahlreiche Gebühren z. B. bei der Kinderbetreuung steigen und Kürzungen im Kinder-, Jugend- und Sozialbereich erfolgen sollen. Diese Umverteilung von unten nach oben muss durch eine von oben nach unten ersetzt werden, denn eine (weiter wie in Zeile 46- 52) nachhaltige Verbesserung der Einnahmesituation der Länderhaushalte ist nur durch drastische Einschnitte in die Verteilungsverhältnisse, die Unternehmen und Vermögende wieder deutlich stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt, auf Bundesebene möglich. DIE LINKE fordert deshalb einen radikalen Richtungswechsel in der Steuerpolitik des Bundes, u. a. durch Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer, der Einkommenssteuer für Besserverdienende und der Börsenumsatzsteuer. (Ergänzung:) Dazu werden wir beantragen, den Senat zu Aktivitäten über den Bundesrat zu veranlassen. Kurzfristig können deshalb in Hamburg erforderliche Investitionen nur durch Umschichtungen im öffentlichen Haushalt (Streichung der „Leuchtturmprojekte“), Neuverschuldung, Erhöhung der kommunalen und Landessteuern (Grunderwerbssteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer- wie im Bürgerschaftswahlprogramm S. 62/63 gefordert) sowie Verschärfung der Betriebsprüfungen finanziert werden. Geprüft werden soll die Einführung einer Zweit-KfZ-Steuer und der Bodenwert-Zuwachssteuer.“

67 Auf der parlamentarischen Ebene gibt es für eine solche zukunftsorientierte Politik zurzeit  
68 keine Partner. Deshalb kommt es darauf an, durch Beteiligung an breiten  
69 außerparlamentarischen Bündnissen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Bürgerinitiativen  
70 und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren politischen Druck und Widerstand aufzubauen,  
71 um eine Politik des sozial-ökologischen Umbaus möglich zu machen, der ehemals öffentliche  
72 Unternehmen rekommunalisiert, die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärkt und

73 genossenschaftliche Formen des Wirtschaftens fördert. Die Vorbereitungen auf die  
74 voraussichtlich im Juni stattfindende bundesweite Bündnisdemo „Wir zahlen nicht für eure  
75 Krise“ sind eine gute Gelegenheit dazu.

N55 Satz „Auf der parlamentarischen .... keine Partner“ ersetzen durch: „Diese Politik bedarf der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition.“

76 Es bleibt also bei den Grundzügen unseres zur Bürgerschaftswahl vorgelegten Sofort- und  
77 Wahlprogramms mit Maßnahmen gegen Armut und soziale Spaltung, für öffentlich geförderte  
78 Beschäftigung und Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche. Dabei müssen die  
79 BürgerInnen stärker an den politischen Planungsprozessen und Entscheidungen beteiligt  
80 werden.

81 *Nach Eintritt der GAL in die schwarz-grüne Koalition haben die Grünen mit vielen ihrer*  
82 *Ansprüche und Wahlversprechen gebrochen (z.B. Moorburg und Studiengebühren). Auch die*  
83 *SozialdemokratInnen haben sich nicht von ihrer Hartz IV Politik und ihrer*  
84 *Kriegsbefürwortung gelöst. Besonders verwerflich ist der Versuch teilweise die CDU in der*  
85 *Innenpolitik von rechts zu überholen. Mit diesen Kräften ist in Hamburg keine Regierung zu*  
86 *machen! (N66)*

87 Die Antwort auf die Politik der Verschwendung einerseits und des Kahlschlags andererseits  
88 ist ein radikaler Politikwechsel. DIE LINKE hat eine Alternative: Unsere Vision bleibt  
89 »Hamburg für alle – sozial, ökologisch und solidarisch«.

## 90 **Konzentration der Kräfte ist notwendig**

91 Hamburg schiebt einen großen Berg von ökonomischen, sozialen und ökologischen  
92 Problemen vor sich her, die die Politik in der Stadt in den nächsten beiden Jahren bestimmen  
93 werden. Deshalb gilt es für DIE LINKE, die begrenzten Kräfte der Partei auf  
94 Arbeitsschwerpunkte (Leitprojekte) zu konzentrieren, die aus der Sicht unserer Programmatik  
95 und mit Blick auf die Probleme und Konflikte in der Stadt zentral sind. Der Verzahnung und  
96 Abstimmung von parlamentarischen Aktivitäten (Bürgerschafts- und Bezirksfraktionen) mit  
97 Basisaktivitäten der Gliederungen bei gemeinsamer Fokussierung auf diese Schwerpunkte  
98 kommt dabei besondere Bedeutung zu.

99 Ausgehend von der Analyse der aktuellen Situation schlagen wir folgende Schwerpunkte in  
100 der Politik des Landesverbands für die nächste Zeit vor:

101 ***Bündnis (N80) für ein Leben in Würde, Recht auf Stadt, Bildungsgerechtigkeit,***  
102 ***Klimagerechtigkeit, Mehr Demokratie wagen, Kampf gegen Rechts (A2), Gleiche Rechte***  
103 ***der MigrantInnen durchsetzen (N224), Geschlechtergerechtigkeit, Friedensstadt***  
105 **Hamburg**

U1: „Klimagerechtigkeit“ durchgängig ersetzen durch „soziale und ökologische Klima- und Energiepolitik“

## 106 ***Bündnis (N84) für ein Leben in Würde***

107 Erwerbslosigkeit und Armut prägen das Leben von immer mehr HamburgerInnen, was sich  
108 krisenbedingt noch verschärfen wird. *Zu den Erwerbslosen kommen Beschäftigte in moderner*  
109 *Zwangsarbeit wie 1-€-Jobs, Qualifizierungsschleifen, sowie prekär Beschäftigte, die arm sind*  
110 *trotz Arbeit (N 85). Das Existenzminimum als Minimalbedingung der Reproduktion der*

111 Arbeitskraft und gesellschaftlicher Teilhabe ist für viele HamburgerInnen nicht mehr  
112 gewährleistet.

113 Unser Ziel ist die Schaffung von qualifizierten, gut bezahlten Ausbildungs- und  
114 Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen, die auf  
115 Regelleistungen angewiesen sind. Wir fordern deshalb ein Beschäftigungsprogramm von  
116 50.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, die Abschaffung der 1-Euro-Jobs und  
117 die Ausweitung des Qualifizierungssektors. **Ein erster Schritt zur weiteren Ausarbeitung  
118 dieses Programms ist die arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Konferenz am 24.  
119 April. Der Landesverband wird sich außerdem aktiv an der Gesundheitskampagne der  
120 Partei beteiligen.**

N91: Streichung „ein Beschäftigungsprogramm von“

121 Zur Verbesserung der Lebenssituation der auf Sozialleistungen angewiesenen BürgerInnen  
122 fordern wir u.a. den Einstieg in eine Kindergrundsicherung durch gebührenfreien Kita-Besuch  
123 und ein kostenloses Mittagessen für alle, die Einführung eines Sozialtickets, den freien  
124 Eintritt zu Kulturveranstaltungen und die Übernahme der Wohnungskosten *in ihrer*  
125 *tatsächlichen Höhe (N99).*

126 Ein solche Politik lässt sich nur in einem Bündnis für ein *gleichberechtigtes (N100)* Leben in  
127 Würde und für gute Arbeit durchsetzen, in dem sich Gewerkschaften, Sozialverbände und die  
128 vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen und die politische Linke  
129 zusammenfinden.

### 130 **Recht auf Stadt: Gegen Privatisierung, für bezahlbaren Wohnraum für** 131 **Alle und eine soziale Stadtentwicklung**

132 Die soziale Spaltung der Stadt drückt sich auch in einer wachsenden sozial-räumlichen  
133 Trennung aus. In Wilhelmsburg, Rothenburgsort/Billbrook und Billstedt sind rund 27% der  
134 EinwohnerInnen auf Transferleistungen angewiesen. *CDU-Senate verwehren diesen*  
135 *Menschen durch die Schließung von Schulen, Schwimmbädern, Bücherhallen, usw.*  
136 *gesellschaftliche Teilhabe. (N107)*

137 Ebenso durch die vom Senat betriebene Aufwertung von Stadtteilen (Gentrifizierung). Sie  
138 geht einher mit der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und deutlichen  
139 Mieterhöhungen. Viele BürgerInnen werden faktisch aus ihren angestammten  
140 Wohnquartieren vertrieben. Aber selbst dort, wo sie dann notgedrungen hinziehen, werden die  
141 Mieten erhöht. Statt neue Sozialwohnungen zu bauen, werden im großen Stil Grundstücke,  
142 also öffentliches Eigentum, verkauft.

143 Gegen diese Entwicklung hat sich in der Stadt eine breite Bewegung entwickelt, die ein  
144 „Recht auf Stadt“ einfordert. Sie wendet sich gegen die Politik der Aufwertung und  
145 Vertreibung und fordert die Einbeziehung der BürgerInnen in die Entscheidung über die  
146 Weiterentwicklung der Quartiere. Die Gliederungen der LINKEN *werden (N117)* sich in  
147 diesen Initiativen und Netzwerken noch stärker engagieren und deren Forderungen in den  
148 parlamentarischen Raum einbringen.

149 „Recht auf Stadt“ heißt für DIE LINKE vor allem Versorgung aller Menschen mit  
150 ausreichendem und menschenwürdigem Wohnraum. Wir fordern als Sofortmaßnahmen die  
151 Erhöhung des Wohngeldes, die Verhinderung von Zwangsumzügen und den Stopp der oft  
152 drastisch steigenden Mietnebenkosten.

153 Das Herausfallen tausender Sozialwohnungen aus der Sozialbindung muss gestoppt werden.  
154 Die öffentlichen Unternehmen SAGA/GWG müssen durch *parlamentarische und*

155 *außerparlamentarische (N123) Proteste zu einer anderen Politik gezwungen werden. DIE*  
156 *LINKE unterstützt materiell und ideell Besetzungen als Form des Widerstands. Die*  
157 *Auseinandersetzungen um das Gängeviertel haben gezeigt, dass solche Formen des Protestes*  
158 *zum Ziel führen können. (N124)*

159 Wir fordern weiter eine soziale Stadtentwicklungspolitik, um die Sicherstellung einer  
160 ausreichenden sozial-kulturelleren Infrastruktur (Schulen, Schwimmbäder, Bücherhallen,  
161 Jugendzentren, Angebote der Jugend- und Sozialhilfe, Verkehrsanbindung etc.) und einer für  
162 alle bezahlbaren, d.h. für die Menschen mit geringem Einkommen auch gebührenfreien  
163 öffentlichen Versorgung zu gewährleisten. Dies betrifft vor allem die Bereiche Energie,  
164 Gesundheit und Soziales.

165 Das erfordert langfristig die Rekommunalisierung der Krankenhäuser und Pflegeunternehmen  
166 sowie des Energiesektors. Wir fordern zudem die Beendigung von ÖPP- bzw. PPP-Projekten,  
167 die letztlich nur wenigen Unternehmen ein profitables Geschäftsfeld und den Banken eine  
168 günstige Anlage bieten.

169 Es kommt in den nächsten Jahren darauf an, uns auch auf diesem Gebiet als Partei der  
170 konsequenten Interessensvertretung stärker zu profilieren, auf landespolitischer Ebene wie  
171 auch in den besonders betroffenen Stadtteilen und Quartieren.

172 **Im Herbst soll die 3. Stadtpolitische Konferenz stattfinden. Sie soll Bündnischarakter**  
173 **haben. Dafür muss ein Konzept erarbeitet werden (C. Schneider), das dem**  
174 **Bündnischarakter dieser Konferenz Rechnung trägt, dazu dient, die Träger vielfältiger**  
175 **Formen des Protestes und des Widerstands in dieser Stadt zusammen zu führen, und**  
177 **eine Plattform für Diskussions- und Meinungsaustausch zur Verfügung ist (N141).**

N138: Streichung „das dem Bündnischarakter dieser Konferenz Rechnung trägt“

178 **Das Thema Rekommunalisierung nicht nur im Bereich Energie, sondern auch im**  
179 **Bereich der Krankenhäuser, der Pflege etc. bleibt für die LINKE auf der Agenda und**  
180 **erstrangiges Ziel. Mit der Privatisierung der öffentlichen Betriebe, die eine Enteignung**  
181 **von öffentlichem Eigentum ist, und der dadurch erfolgten Verhinderung jeglicher**  
182 **Einflussnahme durch demokratische legitimierte Politik werden wir uns auf keinen Fall**  
183 **abfinden. (W2) Rekommunalisierung muss auch auf der stadtpolitischen Konferenz ein**  
184 **großes Thema werden.**

## 185 **Bildungsgerechtigkeit**

186 DIE LINKE Hamburg kämpft für ein gebührenfreies, solidarisches Bildungswesen von der  
187 Kita bis zur Hochschule als wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit.  
188 Wichtige Konfliktfelder bleiben die vorschulische Bildung (Kitas), die sich verschärfende  
189 Krise auf dem Ausbildungsmarkt (Ausbildungsplätze) und die Hochschulpolitik  
190 (Studiengebühren, Uni-Verlagerung).

191 Eine Konferenz zum Kita- und Kinder- und Jugendbereich vor der Sommerpause soll in  
192 diesem Bereich Impulse setzen.

193 Der Aktionsschwerpunkt für unsere Partei in den nächsten Monaten ist jedoch die Kampagne  
194 gegen den Volksentscheid der Elbvorortinitiative, die eine einem Wahlkampf ähnliche  
195 Mobilisierung erfordert. Längeres gemeinsames Lernen als wesentliche Voraussetzung für  
196 mehr Bildungsgerechtigkeit ist zur wichtigsten landespolitischen Frage überhaupt geworden.  
197 Darum kommt es am 18.7. zum Volksentscheid.

N159 einfügen: „DIE LINKE.Hamburg hält – unabhängig von der aktuellen Vereinbarung zwischen allen Hamburger Bürgerschaftsfraktionen für die Schulreform des Senates – am Ziel fest, die Eine-Schule-für-alle zu schaffen und wird diese politische Position in den anstehenden Auseinandersetzungen offensiv vertreten.“

198 Im Rahmen des Aktionsbündnisses „Chancen für alle - Allianz für Bildung“ und mit eigenen  
199 Aktivitäten und Materialien werden wir alles in unserer Kraft stehende tun, die Initiative derer  
200 zu stoppen, die rücksichtslos ihre Privilegien im Bildungsbereich zu verteidigen suchen und  
201 dafür auf die Unterstützung der Medien und große finanzielle Ressourcen zurückgreifen  
202 können. Darum ist es besonders wichtig, dass wir in den sozial benachteiligten Stadtteilen  
203 initiativ werden. **Die große Demonstration und Aktionen am 3.6. werden wir unterstützen,**  
204 **ebenso den Bildungstreik am 9.6.**

205 An der Frage der Bildung entscheidet sich, welche Potentiale für ~~auch nur bescheidene~~  
206 (N167) Verbesserungen in den Lebensverhältnisse der Menschen in dieser Stadt ~~noch~~ (N168)  
207 vorhanden sind oder ob die Verteidiger des Status quo, der Privilegien der  
208 Besserverdienenden und Vermögenden die Oberhand behalten – mit all den darin liegenden  
210 Gefahren von rechtspopulistischen Abspaltungstendenzen.

Antrag H. Bethge: Abschnitt ersetzen durch

### **Bildungsgerechtigkeit**

DIE LINKE Hamburg kämpft für ein emanzipatives, inklusives, solidarisches und einheitliches Bildungssystem, von der Kita bis zur Weiterbildung, gebührenfrei und für alle. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für mehr soziale Gerechtigkeit und breite gesellschaftliche Teilhabe. Längeres gemeinsames Lernen bis Kl. 10 in einer Schule für Alle ist ein wichtiges schulpolitisches Ziel dabei. Diese Vorstellungen hat die LINKE Hamburg in einem eigenen Bildungspolitischen Konzept “Bildung für alle: Für ein einheitliches, demokratisches Bildungssystem“ erarbeitet, das unseren Aktivitäten zugrunde liegt. Es gilt, das schrittweise umzusetzen.

Im Bildungsbereich sind die Proteste besonders zahlreich und heftig: im vorschulischen Bereich, bei LehrerInnen und SchülerInnen (Streiks), bei den StudentInnen (Bildungstreiks, Studiengebühren, Bologna). Zuspitzen wird sich die Ausbildungsplatz-Misere. In allen diesen Bereichen wird sich DIE LINKE in Kooperation mit SDS und SOLID noch stärker engagieren: Eine Konferenz zum Kitas- und Kinder- und Jugendbereich soll hier Impulse setzen.

Zugespitzt hat sich die Auseinandersetzung um die Verlängerung des gemeinsamen Lernens um 2 Jahre in der Primarschule bis Kl. 6. Die durch Bürgerschaftsbeschluss vom 9.10.2009 eingeführte und am 3.3.2010 nachgebesserte Primarschule soll von einer Initiative der Gutbetuchten und der Springerpresse gestoppt werden. Darum kommt es am 18.7. zum Volksentscheid. Um ihn ist jetzt ein Schulkampf (*Panorama*) entbrannt. Es ist die Frage, ob die Initiative des großen Geldes gestoppt werden kann, denn an dieser Frage entscheidet sich, ob sich überhaupt die Interessen der Bevölkerung gegen diejenigen durchsetzen können, die ihre Interessen und Privilegien mit Zähnen und Klauen verteidigen. Geht es doch darum, ob eine kleine Reform in Richtung mehr sozialer Gerechtigkeit durchgesetzt werden kann. Diesem Schulkampf und den Aktionen am 3. 6. kommt deshalb auch für uns besonders große Bedeutung zu.

Im Rahmen des Aktionsbündnisses „Chancen für alle - Allianz für Bildung“ und mit eigenen Aktivitäten und Materialien werden wir alles in unserer Kraft stehende tun, die Initiative derer zu stoppen, die rücksichtslos ihre Privilegien im Bildungsbereich zu

verteidigen suchen und dafür auf die Unterstützung der Medien und große finanzielle Ressourcen zurückgreifen können. Darum ist es besonders wichtig, dass wir in den sozial benachteiligten Stadtteilen initiativ werden.  
Die Schülerdemonstration und die Aktionen am 3. 6. werden wir nach Kräften unterstützen.“ (Rest streichen)

## 211 **Klimagerechtigkeit**

212 DIE LINKE Hamburg sieht sich als Teil der globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit. Der  
213 globale Klimawandel, verursacht durch rücksichtslose Ressourcenverschwendung und CO<sub>2</sub>  
214 Verschmutzung im Kapitalismus, trifft nicht die Industrieländer, die die größten Emissionen  
215 ausstoßen, sondern hauptsächlich die Menschen im globalen Süden. Aber auch an Hamburg  
216 werden Meeresspiegelerhöhungen nicht spurlos vorbeigehen.

217 Schwarz-Grün in Hamburg propagiert das Ziel, die CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um 40% zu  
218 reduzieren, bleibt aber mit konkreten Maßnahmen weit hinter den Erfordernissen zurück.  
219 Stattdessen wird ein Kohlekraftwerk gebaut, werden HVV-Preise erhöht. Nach der  
220 Privatisierung der HEW und als Trostpflaster für die Genehmigung von Moorburg wurde nun  
221 Hamburg Energie gegründet, ein Unternehmen ohne Geld und ohne nennenswerte eigene  
222 Energieerzeugung.

N178: Streichung „Schwarz-Grün in Hamburg...Energieerzeugung.“  
N183: „Dagegen fordert DIE LINKE“ durch „DIE LINKE fordert“ ersetzen

223 Dagegen fordert DIE LINKE, die Energieversorgung der Stadt Hamburg wieder in  
224 öffentliches Eigentum zu überführen (**Rekommunalisierung**). Die Übernahme der Strom-,  
225 Wärme und Gasnetze in öffentliche Hand, starke öffentliche Investitionen in erneuerbare  
226 Energieerzeugung und Bündelung öffentlicher Versorgungsunternehmen unter einem Dach  
227 sind Schritte zu neuen Hamburgischen Stadtwerken. Demokratisch kontrolliert, mit sozialen  
228 Preisen und ausschließlich auf erneuerbare Energien orientiert.

H. Rooks: nach „zu überführen“ einfügen: „und den sofortigen Umstieg von fossiler in 100% erneuerbarer Energieversorgung voran zu treiben“

229 Die energetische Altbausanierung muss mindestens auf das Fünffache gesteigert werden.  
230 Mieter sind vor Mieterhöhungen zu schützen, die Einsparungsgewinne übersteigen. Bei  
231 Neubauten muss die Errichtung von Passiv- und Null-Energiegebäuden ordnungsrechtlich  
232 gewährleistet sein.

233 Der Öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) muss unter anderem durch drastische  
234 Preissenkungen sowie einen bedarfsgerechten Ausbau gefördert und der Straßenneubau  
235 zugunsten des Fuß- und Radverkehrs zurück gestellt werden.

236 **Vor diesem Hintergrund nimmt der Landesverband DIE LINKE sich vor, das Thema**  
237 **„Rekommunalisierung“ mit Bezug auf die Kampagne der Bundespartei zu einem**  
238 **Schwerpunkt unserer Arbeit als Landesverband zu machen, einen Ratschlag zum**  
239 **Thema „Klima, Energie & Rekommunalisierung“ vor der UN-Klimakonferenz Anfang**  
240 **Juni 2010 (N198) durchzuführen und auf dem nächsten Landesparteitag im Herbst den**  
241 **Schwerpunkt das Thema (N199) „Klima, Energie, Verkehr und Rekommunalisierung“**  
242 **zu setzen.**

243 **Aktueller Aktionsschwerpunkt sind die anstehenden Auseinandersetzungen um eine**  
244 **sozialökologische Energiewende ohne Atom- und Kohlekraftwerktechnologie. So werden**  
245 **wir uns am 24. April an der großen KettenreAction gegen Atomkraft, der Aktions- und**

U1: Abschnitt ersetzen durch:

**Für eine soziale und ökologische Klima- und Energiepolitik**

Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist gescheitert. Die reichen Industrieländer mit den höchsten Pro-Kopf-Emissionen an Treibhausgasen waren nicht bereit, sich auf ausreichende Einspar-Ziele festzulegen. Die Folgen (Dürre, Hunger, Überflutungen, Kriege) treffen zuerst die Armen in den Ländern des Südens, aber bis zu 2 m Meeresspiegelanstieg in diesem Jahrhundert wird auch für Hamburg drastische Folgen haben.

Was tut die Koalition in Hamburg? Der schwarz-grüne Senat propagiert das Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40% zu reduzieren. Mit den bisherigen und geplanten Maßnahmen ist dieses Ziel aber bei weitem nicht zu erreichen.

Während andernorts der Bau neuer Kohlekraftwerke verhindert wurde, hat ihn der schwarz-grüne Senat in Hamburg ermöglicht. Statt den Umstieg auf den ÖPNV zu fördern, wurden gerade wieder die HVV-Fahrpreise erhöht. Eine zügige Sanierung der 700.000 mangelhaft wärmegeämmten Wohnungen in Hamburg würde zugleich viele Arbeitsplätze in Hamburg schaffen und die Steuereinnahmen erhöhen. Stattdessen konzentriert sich der Senat auf eine üppige Förderung der schwarz-grünen Klientel beim Bau neuer Passivhäuser. In Zuständigkeit der GAL-Senatorin Hajduk wird nicht kontrolliert, ob Gebäudeeigentümer energetische Sanierungen, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind, auch wirklich durchführen. Die HEW wurden von SPD, CDU und GAL an Vattenfall verkauft. Obwohl nun alle einsehen, welcher großer Fehler diese Privatisierung war, wurde als Placebo zur Beruhigung der GAL-Wählerschaft nur das Unternehmen HAMBURG ENERGIE gegründet, ein Strom- und Gashändler ohne nennenswerte Eigenproduktion.

**Dringend notwendig ist daher:**

- Die Energieversorgung muss wieder in öffentliches Eigentum kommen. Die Stadt muss als ersten Schritt die Versorgungsnetze (Fernwärme, Gas, Strom) übernehmen. Die Konzessions-verträge sind so bald wie möglich zu kündigen.  
*Um dieses Ziel durchzusetzen, entwickelt die LINKE zusammen mit vielen Partner eine breite Kampagne für die Rekommunalisierung der Netze. Noch vor den Sommerferien findet dazu ein großer Ratschlag statt. Diese Frage wird auch auf dem LPT im Herbst 2010 ausführlich diskutiert.*
- HAMBURG ENERGIE muss zum größten Energieversorger Hamburgs werden und die Stadt mit selbst erzeugter Energie versorgen. Strom soll aus regenerativen Quellen stammen, übergangsweise auch aus Erdgas. HAMBURG ENERGIE ist mit anderen Versorgungs-unternehmen in öffentlicher Hand zu Hamburger Stadtwerken zusammenzuführen.
- Die energetische Altbausanierung muss mindestens auf das Fünffache erweitert werden. Die zuständigen Behörden müssen verpflichtet werden, zu kontrollieren, ob ordnungsrechtlich vorgeschriebene Sanierungsmaßnahmen auch durchgeführt werden. Gering verdienende Mieter müssen vor Mieterhöhungen geschützt werden, die durch notwendige Klimaschutzmaßnahmen entstehen können.
- Der ÖPNV muss durch drastische Preissenkungen für viel mehr Menschen attraktiv

werden. Zugleich muss der Fuß- und Radverkehr ernsthaft gefördert werden.

- *Die LINKE Hamburg diskutiert in den Gliederungen und beschließt auf dem Parteitag im Herbst ein klima- und energiepolitisches Forderungsprogramm. Diskussionsgrundlage ist der vorliegende Entwurf der AG UEV: "50 Forderungen zu Energiepolitik und Klimaschutz für Hamburg". Er wird in der Partei und mit Bündnispartner breit diskutiert.*

## 248 **Mehr Demokratie wagen**

249 Die Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen und politischen Leben ist  
250 ein demokratisches Grundrecht. Dieses Grundrecht wird massiv verletzt: durch staatliche  
251 Eingriffe in Grund- und Bürgerrechte und durch die vielfältigen Formen sozialer  
252 Diskriminierung und Ausgrenzung.

253 Auf Bundes- und auf Landesebene wurde ein nahezu unüberschaubares staatliches  
254 Überwachungs- und Kontrollinstrumentarium geschaffen, das die Bürgerinnen und Bürger  
255 praktisch unter Generalverdacht stellt.

256 Auch um die Versammlungsfreiheit ist es in Hamburg schlecht bestellt: Drastische  
257 Maßnahmen der Exekutive von der willkürlichen Behinderung von Demonstrationen bis zu  
258 unverhältnismäßiger Polizeigewalt schränken den demokratischen Meinungs- und  
259 Willensbildungsprozess ein.

260 Mehr Demokratie erfordert, dass die BürgerInnen an wichtigen Entscheidungen über die  
261 Zukunft ihres Quartiers, Bezirks und der Stadt mitwirken können. Eine solche Politik der  
262 Demokratisierung wäre auch der beste Weg, um dem Einfluss rechtspopulistischer  
263 Strömungen entgegenzuwirken.

264 Durch die Verbindlichkeit von Volksentscheiden ist hier schon eine wichtige Verbesserung  
265 erreicht worden. Allerdings gilt dies nicht für die bezirkliche Ebene. Hier kann der Senat  
266 durch Evokation die Voten auf Bezirksebene auszuhebeln. Deshalb fordert DIE LINKE, dass  
268 auch die Bürgerentscheide auf bezirklicher Ebene verbindlich sein müssen.

N224: „auf bezirklicher Ebene“ ersetzen durch „für den Senat“

C. Schneider: „Hier kann...müssen“ ersetzen durch: „Hier kann der Senat, weil Hamburg per Verfassung als Einheitsgemeinde definiert ist, durch Evokation die Voten auf Bezirksebene aushebeln. Deshalb fordert DIE LINKE die Abschaffung des Evokationsrechts - auch auf bezirklicher Ebene müssen die Bürgerentscheide verbindlich sein!“

269 *Ebenso tritt DIE LINKE für einen Ausbau der betrieblichen und institutionellen*  
270 *Mitbestimmung ein. (N223)*

## 271 **Gleiche Rechte der MigrantInnen durchsetzen (N224)**

272 Das Recht auf Beteiligung an wichtigen kommunalen Entscheidungen muss für alle gelten.  
273 DIE LINKE tritt dafür ein, dass *die elementaren Grundrechte von MigrantInnen und*  
274 *Flüchtlingen verwirklicht werden (N226)*. Dies betrifft insbesondere die Einführung des  
275 kommunalen Wahlrechts sowie die Erleichterung der Einbürgerung und das Recht auf

276 doppelte Staatsbürgerschaft. Wir wollen das Bleiberecht für alle Flüchtlinge und die  
277 regelmäßige Legalisierung der Illegalisierten durchsetzen.

278 Im Rahmen des Volksentscheids zur Schulreform, bei dem MigrantInnen ausgeschlossen  
279 sind, werden wir durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass der Wille der MigrantInnen  
280 zum Ausdruck kommt.

*Wir fordern außerdem einen Rechtsanspruch auf kostenlosen Deutschunterricht für alle MigrantInnen und Flüchtlinge.*

281 Demokratische Teilhabe von MigrantInnen bleibt eine wichtige Querschnittsaufgabe und  
282 Schwerpunkt unserer Arbeit. Neben dem Bereich der Grundrechte sollten die Probleme der  
283 MigrantInnen und Flüchtlinge vor allem bei Bildung und Stadtentwicklung stärker in unsere  
284 Politik integriert werden. **Als Landesverband unterstützen wir jährlich das Newrus-Fest**  
285 **(H. Scheer) und das „Fest der längsten Nacht des Jahres“ (Yalda).** DIE LINKE wird sich  
286 zudem dafür einsetzen, dass die Behörden die Kooperation mit *allen*, nicht nur mit den  
287 religiösen Gruppen sucht.

Antrag AG Antifa – Abschnitt einfügen:

### **Kampf gegen Rechts – Die Linke ist eine antifaschistische Partei**

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen alle faschistischen, rassistischen und antisemitischen Bestrebungen sowie gegen alle Versuche diese politisch, publizistisch und historisch zu relativieren und zu verharmlosen. Dazu gehört, dass wir uns im Hamburger Bündnis gegen Rechts mit anderen im Alltag wie bei entsprechenden besonderen Anlässen (wie z.B. in Dresden und Lübeck) konsequent gegen neofaschistische oder rechtspopulistische Akteure und Manifestationen wenden, über sie aufklären und uns ihnen – wo nötig – in den Weg stellen.

*(s. dazu auch N290)*

### 288 **Geschlechtergerechtigkeit**

289 Die Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsaufgabe und die besonderen  
290 Lebensweisen von Frauen stehen besonders im Mittelpunkt linker Politik.

291 So hat Armut auch in Hamburg ein weibliches Gesicht, und die Einkommen von Frauen und  
292 Männern bei gleicher Arbeit klaffen immer noch weit auseinander.

293 Zusätzliche Einsparungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere im Kinder und  
294 Jugendbereich, aber auch die Hartz-Gesetze und die Kindergeldregelung verhindern die  
295 Berufstätigkeit von Frauen. Ein konservatives Bild der Geschlechterrollen feiert eine  
297 flächendeckende Restauration.

W3: „Zusätzliche Einsparungen...erschweren die Berufstätigkeit von Frauen“

298 Das Kita-Gutscheinsystem in Hamburg verhindert die Berufstätigkeit von Frauen in  
299 besonders perfider Form, weil Gutscheine nur dann gegeben werden, wenn die Mutter  
300 berufstätig ist und auch nur entsprechend der Arbeitszeit. DIE LINKE fordert einen  
301 Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz unabhängig von den Berufstätigkeiten der Eltern.

302 DIE LINKE fordert einen Lebenslagenbericht für die Bezirke und ganz Hamburg, in denen  
303 auch die Einkommens und Lebensverhältnisse von Frauen untersucht und veröffentlicht  
304 werden.  
305 Diese Daten müssen Grundlage für die Finanzierung von Jugendhilfeeinrichtungen und der  
306 offenen Jugendarbeit und einer Politik sein, die Frauendiskriminierung gezielt entgegenwirkt.  
307 Frauen, die der Demütigung durch Gewalt und sexualisierte Gewalt im Alltag ausgesetzt sind  
308 oder gegen Ihren Willen zur Ehe, Genitalverstümmelung, und zur Prostitution gezwungen  
309 werden, brauchen nicht nur Schutz in Frauenhäusern, sondern auch kostenlosen  
310 Rechtsbeistand und ärztliche/ psychologische Versorgung und bei Migrantinnen ein Recht auf  
312 Aufenthaltsgenehmigung, unabhängig von der Zustimmung des Mannes.

W5 Einfügen: „Wir lehnen jegliche Genitalverstümmelung ab“

C. Detamble-Voss: „...und bei Migrantinnen ein Recht auf Aufenthaltsgenehmigung...“  
ersetzen durch: „Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen brauchen ein vom Ehemann  
unabhängiges Aufenthaltsrecht.“

313 Wir fordern außerdem, Frauen mit Migrationshintergrund einen Rechtsanspruch auf  
314 kostenlosen Deutschunterricht einzuräumen, wie z.B. in Schweden, da Frauen in erster Linie  
315 für Hausaufgaben und Kindererziehung „zuständig“ sind. Nur mit einem Rechtsanspruch  
317 können Frauen auch unabhängig von ihren Männern solche Angebote annehmen.

W6: „...einzuräumen, wie z. B. In Schweden.“ – Rest des Satzes streichen.

C. Detamble Voss: Absatz ersetzen durch: „Wir fordern außerdem für Migrantinnen einen  
Rechtsanspruch auf kostenlosen Deutschunterricht, wie z.B. in Schweden. Vorzugsweise in  
Angeboten nur für Frauen und Mädchen. Solange Frauen in erster Linie für die  
Familienarbeit zuständig sind und kein eigenes Einkommen haben, brauchen sie eine  
besondere Förderung und Unterstützung. Nur mit einem Rechtsanspruch können  
Migrantinnen auch unabhängig von Ehemännern und Vätern solche Angebote wahrnehmen.  
Mit diesen Forderungen unterstützen wir die internationalen Frauenbewegungen für  
Freiheit und Emanzipation.“

318 Am 8. März 2011 wird zum 100. *Mal der Internationale Frauentag (W7)* der Frauen gefeiert.  
319 In Venezuela wird eine Weltfrauenkonferenz geplant. Die Vorbereitungen für beide  
320 Ereignisse laufen schon. Es muss geprüft werden, wie viel Geld und Zeit die Linke für die  
321 politische Unterstützung einplanen kann. **Die Forderung der Linken in Hamburg, dass der**  
322 **8. März Feiertag werden muss, bekommt für das Jahr 2011 noch mal eine besondere**  
323 **Bedeutung und sollte mit Plakaten und Veranstaltungen besonders hervorgehoben**  
324 **werden.**

F1: Abschnitt „Friedensstadt Hamburg“ vorziehen als ersten Schwerpunkt nach der  
Präambel

## 325 **Friedensstadt Hamburg**

W8: Änderung in: „Hamburg als Friedensstadt“

N271: Anfügen „... hin zu einer besseren Welt“

330 Hamburg ist der größte Rüstungsexporthafen und einer der größten Rüstungsstandorte in der  
331 BRD. Mit gut 120 Rüstungsfirmen aller möglichen Branchen haben Rüstungsproduktion und

332 -export in Hamburg einen großen Stellenwert. *Von Hamburg aus wird Krieg in alle Welt*  
333 *exportiert. (F2)* Auch der Militärhandel blüht. Das alles ist weitgehend unbekannt. Deshalb  
334 soll die Rolle der Rüstungswirtschaft von uns in Zukunft stärker aufgezeigt werden.

335 DIE LINKE wird die Frage der *Abrüstung und der Konversion in zivile und humane*  
336 *Produktion* in den nächsten Jahren thematisieren. (F3) Wir bemühen uns, eine Überarbeitung  
337 des Rüstungsregisters für Hamburg zu veröffentlichen. Daneben bekämpft DIE LINKE die  
338 zunehmende Militarisierung des öffentlichen Lebens in Hamburg. (N279)

339 Das betrifft z.B. die Aktivitäten der Bundeswehr, Jugendliche an außerschulischen Lernorten  
340 für den Dienst in der Bundeswehr zu werben, die massive Präsenz der Bundeswehr bei  
341 öffentlichen Veranstaltungen und die Auftritte der Bundeswehr in Schulen. Direkte  
342 Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Schulbehörde *sind zu (N283)*  
343 verhindern. Die Aktivitäten des militaristisch ausgerichteten Tamm-Museums werden wir  
344 weiterhin *kritisieren (N284)* und *die Schließung dieses Museums verlangen (F4)*.

345 Außerdem verstärken wir die Zusammenarbeit mit friedenspolitisch aktiven Gruppen und  
346 Einzelpersonen, wie z.B. dem Hamburger Forum, dem EINE-WELT-NETZWERK sowie

N289 Einfügen neuer Abschnitt:

### **Nie wieder Faschismus!**

Die LINKE stellt sich mit anderen antifaschistischen Kräften Nazi-Aufmärschen, -  
Kundgebungen sowie die Menschen herabmindernden Verunglimpfungen entgegen.  
Der historische Faschismus war Krieg, Diktatur und Massenvernichtung.  
Deshalb gilt der 8. Mai 1945 zutreffend als Befreiung von diesen Verbrechen.  
Aktuelle faschistische Kräfte sehen dieses Datum als Niederlage an und verharmlosen,  
leugnen oder befürworten die historischen Tatsachen von 1933-1945 und vertreten auch  
heutzutage nationalistische, antisemitische, rassistische und biologistische Ideologien  
sowie den Militarismus einer autoritären Gesellschaft. Dem ist ebenfalls Widerstand  
entgegenzusetzen.

Aber auch der medialen, politischen oder alltäglich-kulturellen Herabsetzung von  
Menschen beispielsweise wegen ihres Alters, ihrer Religionszugehörigkeit oder  
sogenannter mangelnder Leistungsfähigkeit ist kritisch und widerständig zu begegnen.  
Die LINKE engagiert sich für ein aufgeklärtes Menschenbild in Wissenschaft, Kultur,  
Kunst, Politik, Medien und alltäglichem Handeln und wirkt für die Ausweitung der  
demokratischen Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen sowie für die  
Überwindung sozialer Not und die volle Wiederherstellung des Asylrechts im  
Grundgesetz.

Das zeigt: Die Lehren aus der Geschichte sind von aktueller Bedeutung.

*s. dazu auch Antrag AG Antifa*

373 anderen außerparlamentarischen Initiativen, die zu friedensrelevanten Themen arbeiten, etwa  
374 zur Entwicklung von Konfliktregionen wie Israel, Palästina, Kurdistan oder Afghanistan. *Um*  
375 *eine friedliche Entwicklung auch in diesen Regionen zu ermöglichen, müssen zu allererst die*  
376 *Kriege und Besatzungen beendet werden. (F5) DIE LINKE beteiligt sich verstärkt an der*  
377 *Kampagne zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.(F6)*

### **378 Eine starke LINKE: Die politischen Verhältnisse sind in Bewegung (N290)**

379 Der schwarz-grüne Senat hat momentan seine politische Mehrheit verloren.  
380 Leuchtturmpolitik, Ignoranz gegen über den vielfältigen Formen der sozialen Spaltung,

381 desaströse Haushaltspolitik, viel zu bescheiden dimensionierte Antikrisenprogramme,  
382 Klimafeindlichkeit, Ignoranz gegenüber den BürgerInnenwillen und der Übergang zu einer  
383 Rotstiftpolitik haben das Vertrauen in die schwarz-grünen Koalitionäre nachhaltig beschädigt.  
384 Hinzu kommt der Streit über die wenigen bescheidenen Reformprojekte dieses Senats, die  
385 von der FDP, aber auch von Teilen der CDU und ihrer WählerInnenbasis in Frage gestellt  
386 werden. Bei der Schulreform sehen sich die Vertreter eines Mindestmaßes an sozialer  
387 Integration mit einem Frontalangriff der Verteidiger von ökonomischen und sozialen  
388 Privilegien (bis vor kurzem hatten sie dabei auch Teile der SPD an ihrer Seite) konfrontiert.  
390 Die Abspaltung einer neu-rechten Bewegung kann nicht ausgeschlossen werden.

N292: „Ignoranz“ ersetzen durch „programmatische Missachtung“

M 292ff: „Leuchtturmpolitik, Vertiefung der sozialen Spaltung, desaströse Haushaltspolitik, viel zu bescheiden dimensionierte Antikrisenprogramme, Klimafeindlichkeit, Rotstiftpolitik und Ignoranz gegenüber den BürgerInnenwillen haben das Vertrauen in die schwarz-grünen Koalitionäre nachhaltig beschädigt.“

391 Für DIE LINKE kommt es in dieser offenen politischen Situation, die auch völlig neue  
392 Bündniskonstellationen (siehe Volksentscheid zur Schulreform) einschließt, darauf an,  
393 konsequent an ihrer Grundlinie festzuhalten: Sofortmaßnahmen gegen die dringendsten  
394 sozialen Missstände und die Einleitung von Strukturreformen sind für uns unverzichtbar. Dass  
395 wir die Partei sind, die die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt und ins Zentrum ihrer  
396 Politik stellt, gilt es deutlich zu machen, auch durch noch stärkere Präsenz in den Stadtteilen  
397 und Quartieren. Um noch mehr Menschen davon zu überzeugen, dass eine starke Opposition  
398 wie DIE LINKE unverzichtbar ist.

N304: „die die Sorgen...ins Zentrum ihrer Politik stellt“ ersetzen durch „die einen politischen Wechsel ins Zentrum ihres Wirkens stellt“

399 Eine starke LINKE ist auch ein wirksamer Beitrag zur Eindämmung der Gefahr der  
400 Entstehung einer neu-rechten Bewegung (nicht nur in Hamburg). Insbesondere Muslime sind  
401 gegenwärtig von rassistischen Angriffen betroffen. DIE LINKE.Hamburg kritisiert und  
402 bekämpft dies – so wie jede andere Form des Rassismus und des Antisemitismus. Wir werden  
403 uns im Bündnis mit anderen im Alltag wie bei entsprechenden besonderen Anlässen (wie bei  
404 den Nazi-Aufmärschen in Dresden oder Lübeck) konsequent gegen neofaschistische oder  
405 rechtspopulistische Akteure und Manifestationen wenden, über sie aufklären und uns ihnen –  
407 wo nötig – auch in den Weg stellen.

M315 einfügen: „Daher wird die beschlossene antifaschistische Konferenz 2010 durchgeführt.“

S6: einfügen: „Daher wird die beschlossene antifaschistische Konferenz im ersten Halbjahr 2010 stattfinden.“

408 Unsere Losung bleibt: Hamburg für Alle - sozial, ökologisch und solidarisch.